

Transparenz als Waffe: Neue Perspektiven für die Politik

Im Land des Bankgeheimnisses über Transparenz zu schreiben, ist vielleicht ungewöhnlich, gleichzeitig aber auch notwendig. Daher widmet sich dieser Beitrag der Frage, wie die Politik das Primat des Handelns im Wechselspiel mit parallelen Machtstrukturen, beginnend von Wirtschaftseliten bis hin zu privaten Medien, erhalten und sichern kann. Die Vision ist eine emanzipierte Beziehung zwischen Politik und BürgerInnengesellschaft, die von der Rollenverteilung her nicht zwischen Gestaltern und PolitikkonsumentInnen differenziert, sondern gemeinsam die bestehenden Herausforderungen entwickelt. Auf diese Art und Weise könnten Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrisen, unter denen politische Kräfte leiden, strukturell ausgeräumt werden. Die Chancen für die Vermittlung komplexer Modelle, die eine ernsthafte Themauseinandersetzung erfordern, würden durch nachvollziehbare, offene Datengrundlagen erhöht.

Transparenz ist ein wesentlicher Baustein der Open-Government-Philosophie. Schon als Voraussetzung für Partizipation muss Transparenz geschaffen werden, um Informationsasymmetrien auszugleichen. Erst wenn beide Seiten – Politik und BürgerInnen – über denselben Informationsstand verfügen, kann auf sachlicher Basis inhaltlich zusammengearbeitet werden.¹ Voraussetzungen für Transparenz sind Verfügbarkeit und Vermittlung konkreter Informationen beispielsweise über öffentliche Ressourcen, Mitteleinsatz, Personal oder Projektkosten. Dabei ist zu prüfen, inwieweit geeignete Daten bereits vorhanden sind, aber der Öffentlichkeit bislang nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die notwendige Sensibilität auf personenbezogene Daten und alle weiteren datenschutzrechtlichen Aspekte sind dabei voll zu berücksichtigen. Auch die Datenpflege im Hinblick auf Aktualität und Richtigkeit ist von großer Bedeutung. Bei der Bereitstellung der Daten sind sowohl Verständlichkeit wie auch barrierefreier Zugang gleichrangig ins Zentrum zu stellen.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Selbstverpflichtung der Politik, Vorbild sein zu wollen. Beginnend bei voller Transparenz im Bereich der Parteienförderung und der Nebeneinkünfte aller PolitikerInnen, sollen auch die Kalkulationen staatlicher Leistungen öffentlich werden. Die Bürgerin und der Bürger sollen auf öffentlichen Informationsplattformen prüfen können, wie teuer der öffentlichen Hand ein Krabbelstubenplatz kommt und wie gering der tatsächliche Deckungsgrad durch private Beiträge ist. Dasselbe gilt innerhalb der rechtlichen und moralischen Schranken für alle gesellschaftlichen Bereiche. Diese umfassende Form der Offenlegung ermöglicht es der kritischen Bürgerin und dem kritischen Bürger zweifelhafte Informationen – etwa von Stammtischen oder dubiosen Rundmails – rasch zu verifizieren. Gerüchten und unsachlicher politischer Stimmungsmache könnte auf der Basis dieser transparenten Informationen in Zusammenarbeit mit engagierten BürgerInnen der Wind aus den Segeln genommen werden.

Die aktuellen Formen politischer Kommunikation stoßen in mehrfacher Hinsicht an ihre Grenzen. Politainment ist längst nicht mehr auf Wahlkämpfe beschränkt, sondern gehört mittlerweile als Zugriff auf mediale Öffentlichkeitsmacht zum Alltagsgeschäft des politischen Handelns.² Wenn durch unterhaltende Elemente politische Botschaften an ein breiteres Publikum transportiert werden können, so ist das per se nicht problematisch. Ein demokratiepolitisches Problem kann sich jedoch dann entwickeln, wenn Sachdiskussionen über reale Problemlagen durch unterhaltende Kommunikation wirksam unterlaufen werden.

¹ Vergleiche: Chancen und Risiken der kommerziellen Nutzung von Linked Open Government Data, Seite 4, Amt 24 e.V.

² Dörner Andreas, Politainment vs. Mediakratie, 2002, Seite 2

Zudem droht im unterhaltenden Wettstreit politischer Mitbewerber, die demokratiepolitische Kultur zu leiden. Die bestehende Mediendemokratie steht daher vor der Herausforderung, einen Ausweg aus der Situation zu finden, dass die einfachere, emotionale Botschaft im politischen Wettstreit selbst dann obsiegt, wenn sie nachvollziehbar unrichtig ist. Aktuelle politische Beispiele für diese Problemsituation sind etwa die Kampagnisierungen gegen Ausländer unter Instrumentalisierung bestehender Vorurteile wie auch die im Verhältnis zur realen Betroffenheit geringe Wirkung der Forderung nach Vermögenssteuern.

"Gegen das Blatt kann man keine Politik machen", lautet ein altes Zitat des Wiener SPÖ-Bürgermeisters Michael Häupl über die Kronen Zeitung. Die Gestaltungskraft der vierten Gewalt im Staat ist tatsächlich hoch, aber nicht grenzenlos. Als zentrale Kommunikationschnittstelle bieten die Medien die Bühne für politische Botschaften und Kommunikation mit der Bevölkerung. Als Organisator dieser Bühne gestalten sie auch die Regeln. Zudem ist die Glaubwürdigkeit von Medien hoch. Laut einer Studie unter Jugendlichen aus dem Jahr 2010 halten 65% Fernsehen für das glaubwürdigste Medium, für 63% ist Wikipedia glaubwürdig, Printmedien rangieren bei 53% und Online-Medien bei 50%.³ Demzufolge wäre das Potential für eine hohe Glaubwürdigkeit von transparenten öffentlichen Daten gegeben. Die Bürgerinnen und Bürger könnten durch die damit ermöglichte ernsthafte Partizipation vom Adressaten zum Partner in der politischen Kommunikation werden.

³ Wirtschaftsblatt, 1. September 2010